Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Vierteljährig Mk. 1.—, Halbjährig Mk. 2.—, Ganzj. Mk. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — Verlag, Auslieferung und Schriftleitung des „Jüdischen Echo“: München, Herzog Maxstr. 4.



Anzeigen: Die viergespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum 40 Pf. — Bei Wiederholungen Rabatt. — Anzeigenannahme: Verlag des „Jüdischen Echo“, München, Herzog Maxstraße 4. Fernsprecher: 53099. Postscheckkonto: München 3987.

Nummer 1 | München / 6. Jahrgang | 3. Januar 1919

1919 Wochenkalender 5679

	Januar	Schebat	Bemerkung
Sonntag	5	4	
Montag	6	5	
Dienstag	7	6	
Mittwoch	8	7	
Donnerstag	9	8	
Freitag	10	9	
Samstag	11	10	



Sämtliche Dr. Scheidigs Präparate nur in Originalpackung und zu Originalpreisen.

—— Zivile Preise! ——

Auskunft gratis! Katalog gegen Rückporto!

Telephon 27196. Trambbahn Maximilianstr. Herzog Rudolfstr.

AUSSTELLUNG

vornehmer, gediegener

Speise-, Herren- und Schlafzimmer-Einrichtungen und Einzelmöbel, Antiquitäten, Kleinkunst usw.

Verkauf: **SCHOLZ,**

Maffaistraße 9, Ecke Promenadeplatz Laden. Geöffnet 9—½1 und 3—7 Uhr.

Photographische Bedarfsartikel

L. Colin, München

Franz Josefstr. 29/0 Telephon 31324

Photo-Apparate in großer Auswahl. Platten, Films, Papiere und andere Bedarfsartikel ständig reichlich auf Lager. Entwickeln von Platten und Films. Kopien nach jedem eingesandten Negativ. Sonstige photogr. Arbeiten in bester Ausführung.

Willibald Siemann & Co., Orgelbauanstalt

Teleph. 54488 **München** Steinheilstr. 7

und Filiale **Regensburg**

(M. Binder & Sohn)

Beste Referenzen.

Bereits 330 neue Werke erbaut.

Feldpostschachteln

und bruchsichere

Eierschachteln

für 6, 12, 25, 50 und 100 Stück stets auf Lager

J. GREIL,

München, Wurzerstraße 16.

In unseren großen

Spezial-Abteilungen

unterhalten wir stets eine reiche Auswahl preiswerter Gebrauchs- u. Luxusartikel zu vorteilhaftem Einkauf

Hermann Tietz

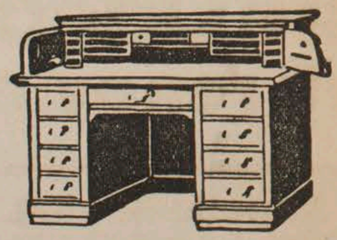
München

Gesucht wird ein junges jüdisches Mädchen zu drei Kindern im Alter von über 2½, 3½ und 5½ Jahren, als

Gespielin und Aufseherin.

Streng religiöser Haushalt. Familienanschluss bei vollständiger Verpflegung und entsprechender Gehalt. Dienstmädchen im Hause. Offerten sind zu richten an Professor Dr. Frenkel Bernát, Budapest VIII. Telekitér 5

Büro-Möbel



Flach-, Steh-, Sitz- und Roll-Pulte
Rolljalousie- u. Aktenschränke, Bücherschränke
Stühle, Sessel, Hocker
Privat-Kontor-Einrichtungen

S. GUTMANN, München, Dienerstr. 14/I.

Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Vierteljährig Mk 1.—, Halbjährig Mk. 2.—, Ganzj. Mk. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — Verlag, Auslieferung und Schriftleitung des „Jüdischen Echo": München, Herzog Maxstr. 4.



Anzeigen: Die viergespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum 40 Pf. — Bei Wiederholungen Rabatt. — Anzeigenannahme: Verlag des „Jüdischen Echo", München, Herzog Maxstraße 4. Fernsprecher: 53099. Postscheckkonto: München 3987.

Nummer 1 | München / 6. Jahrgang | 3. Januar 1919

Eine Erklärung der Bayerischen Volkspartei.

Durch das General-Sekretariat der Bayerischen Volkspartei wird uns die nachstehende Erklärung der Landesvorstandschaft dieser Partei zur Veröffentlichung übermittelt:

München, den 31. Dezember 1918.

Die Stellung der Bayerischen Volkspartei zum Judentum ist scharf umrissen durch Punkt 4 des Partei-Programms:

„Die Bayerische Volkspartei verlangt volle Freiheit aller Konfessionen und ihrer Einrichtungen, sowie gleichmäßige Berücksichtigung der Anstalten und Angehörigen aller Konfessionen, insbesondere bei Bereitstellung öffentlicher Mittel und bei Verleihung öffentlicher Ämter."

Die „Bayerische Volkspartei" weiß sich vollständig frei von jedem Antisemitismus. Sie fordert für ihre jüdischen Mitbürger die gleiche religiöse, bürgerliche, wirtschaftliche und politische Betätigungsfreiheit wie für die Anhänger aller anderen Bekenntnisse. Wenn aus mißverstandenen Äußerungen der Partei-Presse der „Bayerischen Volkspartei" antisemitische Tendenzen zugeschrieben werden, so ist darauf hinzuweisen, daß diese Angriffe sich nicht gegen unsere jüdischen Mitbürger in ihrer Gesamtheit richten, sondern veranlaßt sind durch das unberechtigte allzu starke Hervortreten bestimmter jüdischer Persönlichkeiten in der derzeitigen Regierung des bayerischen und deutschen Volkes, sowie durch Akte wirtschaftlicher Ausbeutung, welche sich einzelne Juden in der schwersten Zeit unseres Vaterlandes gegen unser Volk zu Schulden kommen ließen.

Das Parteiprogramm der Bayerischen Volkspartei" bietet eine so breite Plattform, daß die Juden, die guten Willens sind, Raum und Gelegenheit zu aufbauender Tätigkeit in unserem Staatswesen in den Reihen der „Bayerischen Volkspartei" finden. Wir begrüßen gern und herzlich jeden Mitkämpfer jüdischen Glaubens, der unser Parteiprogramm annehmen will.

Die Landesvorstandschaft
der Bayerischen Volkspartei.

Zu dieser, durch unsere offene Anfrage an die Bayerische Volkspartei in Nr. 50 unseres Blattes veranlaßten Äußerung des Parteivorstandes haben wir Folgendes zu bemerken:

Wir stellen gerne fest, daß der Parteivorstand „jeden Antisemitismus" ablehnt und „die gleiche religiöse, bürgerliche, wirtschaftliche und politische Betätigungsfreiheit" für Juden wie für Christen fordert.

Gleichzeitig müssen wir aber zu unserem Bedauern konstatieren, daß diese Grundsätze in der Parteipresse sowohl wie in zahlreichen Reden von Parteivertretern ständig mißachtet und verleugnet werden. Hierbei handelt es sich keineswegs um „mißverstandene Äußerungen" — es wäre ein Leichtes, eine Blütenlese aus den journalistischen Leistungen des „Kurier" während der letzten zwei Monate zu veranstalten, die den klaren Beweis für die sehr unmißverständliche „antisemitische Tendenz" dieses Parteiblattes erbringen würde. — Stünde die Partei ehrlich auf dem Standpunkt der „politischen Betätigungsfreiheit" für die Juden, so dürfte sie ihren Kampf „gegen die jüdischen Persönlichkeiten in der derzeitigen Regierung" nicht ausschließlich oder doch vorwiegend mit Waffen aus der Rüstkammer des Antisemitismus führen. Und erkennt sie den Juden wirklich die volle Gleichheit und Freiheit ihrer „wirtschaftlichen Betätigung" zu, so darf sie nicht Mißstände, die sich bei der durch die Kriegsverhältnisse gelockerten Wirtschaftsmoral in allen Kreisen des Volks — in Stadt und Land, in Landwirtschaft, Industrie und Handel — zeigen, durch einseitige Hervorhebungen von Verfehlungen auf jüdischer Seite, zum Anlaß offener oder versteckter antisemitischer Angriffe nehmen.

Solange die Bayerische Volkspartei eine solche Kampfesweise ihrer Presse duldet, kann sie nicht erwarten, daß jüdische Wähler, mögen sie noch so „guten Willens" sein, in größerer Zahl in ihre Reihe treten.

Nicht Parteiprogramme, sondern Handlungen entscheiden! Ist es der Bayerischen Volkspartei Ernst um den vierten Punkt ihres Parteiprogramms, so möge sie das durch die Tat erweisen und den Hetzereien ihrer Preßorgane ein Ende bereiten.

Jüdische Gemeinde und Ostjuden.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

An die Redaktion des „Jüdischen Echo"

Hier.

Ein ungenannter Briefschreiber, der im Namen sämtlicher deutscher Juden zu sprechen sich erkühnte, hat in Nr. 356 des „Bayerischen Kurier" vom 23. Dezember 1918, dessen feindselige Haltung gegenüber den Juden zur Genüge bekannt ist, dem „Bayerischen Kurier" für seine Haltung

den „herzlichen Dank“ ausgesprochen. Hiegegen wie gegen die unerhörten Beleidigungen der Ostjuden, die von der Redaktion nach ihrer Angabe formell gemildert sein wollen, erheben die Unterzeichneten schärfsten Protest. Sie bedauern aufs tiefste, daß ein „deutscher Jude“ das Empfinden für Würde und Gerechtigkeit in solchem Maße verletzen konnte.

München, den 31. Dezember 1918.

Verwaltung und Rabbinat der Israelitischen Kultusgemeinde München.

* * *

In der bis auf den letzten Platz dichtgefüllten Synagoge in der Herzog Rudolfstraße fand am Mittwoch (1. Januar) nachmittags eine Trauerfeier für die Opfer der Pogrome in Galizien, zugleich eine Gedächtnisfeier für die im Kriege gefallenen Angehörigen der orthodoxen Gemeinschaft statt. Der Tag war einer alten jüdischen Sitte gemäß als Fasttag bestimmt worden. Herr Rabbiner Dr. Ehrentreu hielt eine Ansprache, in der er in tiefer Ergriffenheit dem Schmerz und der Empörung der gesamten Judenheit über die Greueltaten Ausdruck gab, denen Tausende unserer Brüder im Osten zum Opfer gefallen sind. Hiebei kam der Redner auch auf das Schreiben zu sprechen, das ein hiesiger jüdischer Bürger an den „Bayerischen Kurier“ zur Veröffentlichung gerichtet hat. Er kennzeichnete das würdelose, jedes jüdischen Gemeinsamkeitsgefühls entbehrende Verhalten dieses Mannes, der noch dazu die Kühnheit hatte, im Namen der sämtlichen deutschen Juden Münchens zu sprechen, mit Worten schärfster Entrüstung. Der Mann, der in dieser schweren Zeit zum Verleumder und Verräter seiner eigenen Brüder geworden sei, verdiene, der allgemeinen Verachtung preisgegeben zu werden.

Der Zionistische Delegiertentag.

Am Mittwoch, den 25. Dezember 1918 wurde in Berlin im großen Kaisersaal des Rheingold um 10 Uhr der 15. ordentliche Delegiertentag der Zionistischen Vereinigung für Deutschland vom Vorsitzenden, Herrn Dr. Arthur Hantke eröffnet. Der große, mit einem Herzl-Bild und blau-weißen Fahnen geschmückte Saal ist von 140 Delegierten aus allen Teilen des Reiches und weit über 1500 Gästen erfüllt, die auch die Galerie dicht besetzt hatten. Die Zahl der Delegierten ist trotz der Erschwerung der Verkehrsverhältnisse größer als sie jemals auf einem zionistischen Delegiertentag früher gewesen ist. Herr Dr. Hantke weist in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß sich die deutschen Zionisten nach vier blutigen Jahren wieder zusammenfinden, daß aber leider auch die Gegenwart für unser Volk schrecklich sei, das den schärfsten Protest gegen die unerhörten Pogrome aussprechen müsse, die als ein Mittel angesehen würden, politische Gegensätze auszutragen. Erst wenn das jüdische Martyrium beendet sei, würde man von Gerechtigkeit im Völkerleben sprechen können. Doch auch unsere Kräfte seien gewachsen, Erez Israel werde wieder unser sein. Unter Aufbietung unserer gesamten Kräfte würden wir Erez Israel als ein jüdisches Land aufbauen. Aber auch die Fragen des Diasporajudentums dürften von uns nicht vernachlässigt werden. Sie müßten behandelt werden unter Führung der Zionistischen Organisation, die einheitlich geblieben ist und ihre Kräfte vervielfacht habe. Palästina müsse nicht nur wirtschaftlich und kulturell eine Blüte erleben, sondern auch den sozialen Überlieferungen unseres Volkes entsprechen. Hebräisch sei die Sprache, in der wir wieder schöpferisch werden könnten. Die notwendigen Mittel zum Aufbau des Landes würden unzweifelhaft zusammenkommen, vor allem durch Stärkung des Nationalfonds, aber auch durch das zur Mitarbeit bereite Privatkapital.

Auch das Tätigkeitsgebiet des deutschen Zionismus sei weit über die Grenzen der früheren Arbeit hinausgewachsen: durch Ausnutzung der in jahrelanger radikaler Kleinarbeit erworbenen Stellung werde der Zionismus zu einer Macht im deutschen Judentum. Immer stärker sei die Palästinatendenz auch in Deutschland geworden. Ein besonderes Palästinaressort werde eingerichtet werden, dem die Fragen der Berufsberatung und Berufsumschichtung unterliegen sollen. Der deutsche Zionismus erstrebe jetzt alle Richtungen und Kreise, die sich zum jüdischen Volke bekennen, zu einem Kongreß zusammenzufassen, der als ein Teilkongreß ein Glied in der Kette der jüdischen Kongresse sein würde, bis der Weltkongreß zustande kommen könne. Ernst im Gedenken an unsere Gefallenen treten wir freudig der Zukunft entgegen. Wenn wir wollen, wird es kein Märchen sein.

Nach dieser mit großem Beifall aufgenommenen Eröffnungsrede hält Justizrat Bodenheimer, von der Versammlung stehend angehört, die Gedächtnisrede auf die Toten. Nur drei aus der so großen Zahl der von uns Gegangenen erwähnt er: Tschlenow, den Führer des russischen Zionismus und das Mitglied unserer Leitung, der mitten

aus der Arbeit hinweg in London vom Tode ereilt wurde, Dr. Heymann, das Mitglied des großen Aktionskomitees, der in voller Manneskraft von uns gerissen wurde und das Mitglied des Deutschen Zentralkomitees, D. Pelz, den geliebten Führer der zionistischen Jugend, der auf dem Schlachtfelde gefallen ist. Bodenheimer gedenkt dann der Pogromopfer. Nachdem dann Herr Wollsteiner, der Leiter der deutschen Sammelstelle des Nationalfonds, auf die Notwendigkeit hingewiesen hat, die Einnahmen außerordentlich zu vergrößern, und es dahin zu bringen, daß das deutsche Judentum im nächsten Jahre allein eine Million Mark zusammenbringe, wird das Präsidium konstituiert, zu dessen Vorsitzenden Herr Dr. Hantke gewählt wird. Dann begrüßt Herr Professor Warburg namens des EAC und Rechtsanwalt Rosenbaum, Wilna, namens des litauischen Judentums den Delegiertentag, der nunmehr zur Generaldebatte über die allgemeine politische Lage schreitet. Am Beginn derselben übergibt der erste Diskussionsredner, Herr Dr. Klee, dem Präsidium die Reste verbrannter Torarollen und Gebetmäntel aus Lemberg, die ihm von Lemberger Juden übergeben worden sind. Die Debatte, bei der die speziellen Palästinafragen und die Fragen der Arbeit in Deutschland nicht behandelt werden sollten, weil diese Gegenstände erst nach besonderen Referaten zur Behandlung standen, bespricht die allgemeine politische Situation des Zionismus und des jüdischen Volkes, insbesondere auch die Fragen des Ostjudentums, der Orthodoxie, sowie der allgemeinen Palästinapolitik. Es beteiligten sich an ihr u. a. die Herren Dr. Klee, Trietsch, Berger, Dr. Arn. Barth, Dr. Auerbach und Dr. Hantke, der das Schlußwort hat. Dann wurden folgende Anträge einstimmig angenommen:

„Der 15. Delegiertentag der Zionistischen Vereinigung für Deutschland dankt dem EAC, daß es ihm gelungen ist, im Kriege die Einheit und Neutralität der Organisation zu wahren. Er gibt der Überzeugung Ausdruck, daß die ungeteilte Einheit der Zionistischen Weltorganisation auch fernerhin in jeder Hinsicht aufrecht erhalten wird. Er fordert die möglichst schnelle Einberufung des „Zionistischen Zentralkomitees."

Ferner wurde folgende Protestresolution gegen die Pogrome, ebenfalls einstimmig, angenommen:

„Die deutschen Zionisten stehen in schmerzlicher Trauer an den Gräbern der Opfer der Pogrome in Galizien und Polen, in Ungarn und Tschechoslowakien. In tiefstgefühlter Verbundenheit schwören wir unseren Brüdern im Osten zu, daß wir uns bis zum Letzten dafür einsetzen werden, daß ihnen die neue Zeit die volle Freiheit bringt. Der Delegiertentag erhebt flammenden Protest gegen die schmachvollen Pogrome gegen die Juden. Er verlangt von der Friedenskonferenz, daß der Friedensvertrag bindende Garantien dafür enthält, daß die vollen bürgerlichen und nationalen Rechte der Juden des Ostens, insbesondere der Juden in Polen, Galizien und Litauen für alle Zukunft sichergestellt sind."

Die Nachmittag-Sitzung dieses Tages und die Vormittag-Sitzung des zweiten Tages erfüllte die Palästinadebatte, die sämtliche Fragen des Aufbaus von Erez Israel in einem Umfange und mit einer Gründlichkeit und Sachkenntnis erörterte, wie sie bisher nur selten auf Kongressen, niemals aber auf Delegiertentagen der Landesverbände stattgefunden haben. Eingeleitet wurde die Aussprache durch ein fast zweistündiges Referat von Richard Lichtheim, der unter Benutzung der eingehenden wissenschaftlichen Arbeiten, vor allem Ruppins und Oettingers ein umfassendes Kolonisationsprogramm aufstellte. So verlockend im gegenwärtigen Augenblick, so etwa führte Lichtheim aus, ein Palästinareferat sei, so verantwortungsvoll sei dies auch. Es gilt das Fünfzehn-Millionen-Volk mit dem wirtschaftlich rückständigen, in seinem Raum beengten Palästina zu vereinigen. Da seien die Fragen der Grenzen, insbes. die der Nordgrenze von größter Bedeutung, für welche Lichtheim den 30. Breitegrad vorschlägt, d. h. eine Linie, die Sidon mit den Jordanquellen verbindet, ein Gebiet, auf dem im ganzen etwa 5 Millionen Menschen leben können. Um die Einwanderung in geregelte Bahnen zu lenken, sei die Errichtung eines Einwanderungsamtes in Palästina und zahlreicher Auswanderungsämter im Galuth erforderlich. Letztere hätten die Aufgaben, die jüdische Bevölkerung über die Möglichkeiten Palästinas aufzuklären, um eine überstürzte Einwanderung zu verhindern, die Auswanderungslustigen in Gruppen zusammenzuschließen, die sich gemeinsam beruflich auf Palästina vorbereiteten, eine Auslese zu treffen und die Übersiedlung der Geeigneten in jeder Weise zu fördern. Es kämen für Palästina in erster Reihe landwirtschaftlich tätige Elemente, ferner Arbeiter, Handwerker und Lehrer in Frage, während für andere Berufe, insbesondere Kaufleute und Ärzte der Bedarf kein großer sein werde. Ruppin denkt sich die zukünftige palästinensische Bevölkerung beruflich etwa nach dem Schema zusamengesetzt, daß 50 Prozent Landwirtschaft treiben, 30 Prozent in Handwerk und Industrie tätig sind und je 10 Prozent im Handel und in freien Berufen. Um dazu zu gelangen, ist eine Berufsumschichtung notwendig. Es werde möglich sein, in den ersten 10 Jahren etwa 70 000 Personen, in den ersten dreißig Jahren etwa 420 000 in der Landwirtschaft anzusiedeln, ebensoviele in indirekt von der Landwirtschaft abhängigen Berufen, ebenso viel in städtischen Berufen, so daß in dreißig Jahren etwa anderthalb Millionen Menschen angesiedelt werden könnten. Die Kosten für die Ansiedlung von 100 000 Familien dürften etwa 2¼ Milliarde betragen. Eine industrielle Entwicklung sei zunächst für die landwirtschaftliche Produkte verarbeitende Industrie (Obst- und Gemüsekonserven, Marmeladen, Seife usw.) möglich, ferner auch für diejenigen Industrien, in denen Juden schon in Europa tätig sind (alle Arten von Kraft- und Verkehrsanlagen, Kunsthandwerk, Möbeltischlerei usw. Was den zur Ansiedlung erforderlichen Boden anbetrifft, so gäbe es in Palästina etwa 200 000 Hektar Staatsländereien und herrenloses Land, das wir für uns beanspruchen müßten. Zur Durchführung der genannten Ansiedlungspläne aber sind etwa 380 000 Hektar, nach Oettinger ein noch größeres Areal erforderlich, so daß wir Land aus Privatbesitz erwerben müßten. Dieser Erwerb müsse durch die Expropriierung agrarischen Großgrundbesitzes erfolgen, während die arabischen Bauern geschont werden müssen. Aller Grund und Boden in Palästina müsse Eigentum des jüdischen Volkes sein und in Erbpacht vergeben werden. Die Betriebsform müsse eine intensive sein, einseitige Kultur sei zu vermeiden, immerhin müsse man berücksichtigen, daß die Juden zum Pflanzungsbau besonders geeignet seien, genossenschaftliche und Einzelsiedlungen hätten beide ihre Berechtigung. Nachdem Lichtheim noch die Frage der Sozialisierung der Industrie und das Verhältnis zur Or-

thodoxie in Palästina behandelt hatte, setzt die Diskussion ein, in der vor allem drei Gesichtspunkte im Vordergrunde stehen: Einmal die Frage der Kapazität des Landes, wo insbesondere von Trietsch der Standpunkt vertreten wird, daß eine Einwanderung in viel schnellerem Tempo als von Lichtheim angegeben möglich sei, während andere Redner, wie Dr. Auerbach-Haifa, Dr. Nawratzki, Walter Moses den Standpunkt des Referenten vertreten. Die Frage der Orthodoxie wird von vielen Rednern erörtert, vor allem aber nimmt die Frage der Sozialisierung des palästinensischen Wirtschaftslebens einen großen Raum ein. Entschieden sprechen sich für eine Sozialisierung insbesondere die Herren Berger, Goldmann, Max Strauß und Arlosoroff aus, andere vertreten den vermittelnden Standpunkt des Referenten, während einige sich mit großer Entschiedenheit dagegen wenden. Am Schlusse der Debatte ging der einstimmige Wunsch der Versammlung dahin, den Ortsgruppen Gelegenheit zu geben, die zahlreichen und bedeutsamen Anregungen dieser Debatte zu verarbeiten und zu ihnen Stellung zu nehmen und im Verlaufe von zwei Monaten einen neuen Delegiertentag einzuberufen, der sich ausschließlich mit der Palästinafrage zu beschäftigen habe und der von einer neungliedrigen Kommission sachlich und technisch vorzubereiten sei. Im übrigen gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

„Der Delegiertentag fordert von der Friedenskonferenz die Anerkennung Palästinas als nationale Heimstätte für das jüdische Volk und die Schaffung aller Möglichkeiten für den ungehinderten Aufbau eines jüdischen Gemeinwesens im Lande. Er fühlt sich mit den Zionisten aller Länder einig, daß die Besiedlung Palästinas mit Aufbietung aller Kräfte und so schnell als die Verhältnisse des Landes es gestatten durchgeführt werden muß, und daß der innere Aufbau der jüdischen Siedlung auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes dem jüdischen Volk selbst überlassen bleiben soll, das seine zukünftige Heimat den in ihm lebenden Tendenzen entsprechend zu entwickeln wünscht."

Die Fragen des deutschen Judentums und speziell die Fragen des jüdischen Kongresses in Deutschland behandelte Kurt Blumenfeld am Donnerstag Nachmittag in seinem eingehenden Referate. Die Entwicklung habe dazu geführt, daß um den ständig wachsenden Kreis der organisierten Zionisten sich eine Gruppe peripherer Elemente gebildet habe, die vielfach nicht bereit seien, der Zionistischen Organisation beizutreten, aber sich zu der unzerstörbaren Einheit des jüdischen Volkes zugehörig empfinden und in dieser Erkenntnis gemeinsam mit uns zu arbeiten bereit sind. Es handle sich dabei zunächst um die ostjüdischen Elemente, deren Zahl und Bedeutung ständig wachse, dann aber auch um die Orthodoxie, die den nationalen Charakter der jüdischen Gemeinschaft jetzt anerkenne. Gerade jetzt, wo der Aufbau Palästinas beginne, sei die Existenz einer von echtjüdischem Leben erfüllten Diaspora erforderlich. Eine Scheidung der Geister müsse stattfinden; doch nicht die Palästinafrage dürfe das Kriterium sein, da viele für ein jüdisches Palästina einträten, ohne für sich persönliche Konsequenzen daraus abzuleiten. Wir verlangen das Bekenntnis zum jüdischen Volkstum und den Willen, ein neues jüdisches Leben in Deutschland in dieser Erkenntnis aufzubauen. Mit allen, die sich dazu bekennen, werden wir den jüdischen Kongreß machen, zu dem die Zionistische Vereinigung für Deutschland von der Palästina- und der Autonomieforderung abgesehen, folgendes Programm aufstellen:

Als wichtigste Forderung die jüdische Schule; dann die Umwandlung der Kultusgemeinden in Volksgemeinden, die alle Aufgaben des Kultus, der Schule, jüdischer Wissenschaft, Politik und Sozialpolitik zu erfüllen habe und auf Grund des allgemeinen gleichen direkten geheimen Proportionalwahlrechts für alle mehr als 20jährigen Juden und Jüdinnen aufgebaut sein müsse. Die Volksgemeinde hat sich als lokale Organisation der jüdischen Gesamtheit zu fühlen und deshalb an allen Aufgaben der jüdischen Gesamtheit teilzunehmen, so an der Palästina-Arbeit, der sozialen Fürsorge und anderem. Nationalpersonale Autonomie würde nicht gefordert, aber nicht aus politischen Bedenklichkeiten, sondern wegen der fehlenden zahlenmäßigen Voraussetzungen. Wie in allen Ländern so werde auch in Deutschland ein jüdischer Kongreß zustande kommen, als ein Teil der zukünftigen jüdischen Konstituante in Jerusalem. Auf das mit großem Beifall aufgenommene Referat folgte eine eingehende Diskussion, an der sich etwa 20 Redner beteiligten und in der nicht nur die Frage des jüdischen Kongresses, sondern alle Fragen der jüdischen Arbeit in Deutschland zu Erörterung gelangten. Es zeigte sich, daß alle Delegierten derselbe entschlossene Wille beseelte, an einer nationalen Umgestaltung des jüdischen Lebens in Deutschland durch Herbeiführung eines jüdischen Kongresses mitzuwirken und eine demokratische Neuordnung der jüdischen Gemeindeverfassung herbeizuführen. Die Aussichten der zionistischen Propaganda wurden überall als äußerst günstig bezeichnet. Mit großem Interesse wurden ferner die Ausführungen der Herren Schocken und Calvari über die Arbeiten des Kulturausschusses aufgenommen, zu denen verschiedene Redner eingehend Stellung nahmen. Am Schlusse der Debatte wurde eine Reihe von Resolutionen, sämtlich mit Einstimmigkeit angenommen. In der wichtigsten von ihnen erklärt sich der Delegiertentag mit aller Entschiedenheit für einen jüdischen Kongreß, der alle Juden vereinigen soll, die im Bewußtsein der Zugehörigkeit zum jüdischen Volke an einem lebendigen Judentum mitarbeiten wollen und für den die deutschen Zionisten folgendes Programm vorschlagen:

Die nationale Heimstätte in Palästina, volle tatsächliche Gleichberechtigung, nationale Autonomie für die Juden in den Ländern der Massensiedlung und in denjenigen Gebieten, wo die Juden sie fordern, Aufhebung aller Ausnahmebestimmungen gegen ausländische Juden, insbesondere Aufhebung der Grenzsperre, endlich, die Umgestaltung des jüdischen Gemeindelebens in demokratischem Sinne und nationaljüdischem Geiste. Es wurde ferner beschlossen, in einen Kampf für die Durchführung des allgemeinen, gleichen, geheimen direkten Proportionalwahlrechts für alle Juden und Jüdinnen über 20 Jahre bei den Gemeindewahlen einzutreten. Ferner wurde beschlossen, ein besonderes Ressort für die Propagierung des Hebräischen zu eröffnen. Der Schekel wurde entsprechend dem heutigen Kursstand auf 2 Mark erhöht, der Landesbeitrag auf 5 Mark, für Angehörige der Jugendorganisationen auf 2 Mark festgesetzt. Dann erstattete Rechtsanwalt Kollenscher den Bericht der Permanenzkommission. Auf Grund der

von dieser gemachten Vorschläge wird zunächst Dr. Hantke einstimmig zum 1. Vorsitzenden der Zionistischen Vereinigung für Deutschland unter großem Beifall wiedergewählt, dann nach Annahme der notwendigen Statutenänderungen ein aus den Herren Klee, Blumenfeld, Goldmann, Lichtheim, Pick, Rosenberg, Rosenblüth und Wollsteiner bestehender geschäftsführender Ausschuß und ein vierziggliedriges Zentralkomitee gewählt. Nach einem Schlußwort Dr. Hantkes, das einen Rückblick auf die Ergebnisse der Tagung enthielt und zu tatkräftiger Arbeit aufrief, schloß die imposante Tagung mit der Absingung der Hatikwah.

Der amerikanisch-jüdische Kongreß für Palästina.

Der Kongreß der amerikanischen Juden, der vom 15. bis 18. Dezember in Philadelphia tagte und die Gesamtjudenheit Amerikas — drei Millionen Juden — vertrat, faßte bezüglich Palästina folgende Resolution: Der Kongreß beauftragt die von ihm gewählte Friedensdelegation zusammen mit anderen jüdischen Organisationen dahin zu wirken, daß der Friedenskongreß die Bestrebungen und historischen Ansprüche des jüdischen Volkes auf Palästina anerkenne. Er fordert, daß in Übereinstimmung mit der von den Alliierten und Präsident Wilson gutgeheißenen britischen Erklärung derartige politische, administrative, ökonomische Bedingungen in Palästina geschaffen werden müssen, die die Entwicklung Palästinas unter der Sachwalterschaft des im Auftrage des zu errichtenden Völkerbundes wirkenden Britanniens zu einem jüdischen Gemeinwesen sicherstellen soll. Dabei wird betont, daß nichts getan werden soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte der nichtjüdischen Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und die politische Stellung der Juden in den anderen Ländern beeinträchtigen soll.

Nürnberger Brief.

Auch in unserem friedlichen Süden regt es sich. Vor allem im Lager unserer offenen und verschämten Gegner, die jetzt ihren Weizen überall blühen sehen. Die zweideutige Haltung der gesamten bayerischen Zentrumspresse findet auch in den geistesverwandten Nürnberger Blättern, vor allem in unserer, allerdings so ziemlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinenden „Nürnberger Volkszeitung“ geflissentliche Nachahmung, was jedoch bei der ganzen Geistesrichtung dieses Blattes nicht verwundern kann.

Um so merkwürdiger erscheint die Haltung der bisher führenden hiesigen Zeitung, des „Fränkischen Kuriers“. Es scheint, als ob mit dem Wechsel in der Redaktion unmittelbar vor Eintritt der Revolution das Blatt auch in seiner Stellung zu Juden und Judentum sich einen kräftigen Ruck nach „rechts“ gegeben hätte, und das Organ der früheren fortschrittlichen Volkspartei, die stets als besonderer Hort der deutschen Staatsbüger jüdischen Glaubens galt und sich natürlich auch von jüdischer Seite besonderer Unterstützung erfreute, beginnt sein Schifflein, zwar noch etwas verschämt, aber doch für den aufmerksamen Beobachter sehr merklich ins antisemitische Fahrwasser zu lenken. Besonders deutlich war dies bei der heftigen Bekämpfung des bayerischen Ministerpräsidenten Eisner zu merken, mit dessen jüdischer Abstammung und speziell „talmudischer“ Begabung mehr als nötig operiert wurde. Ich fühle absolut nicht den Drang in mir, für Eisner eine Lanze zu brechen, aber für die jüdischen und nichtjüdischen Kreise, die wenigstens bisher dem „Fränk. Kurier“ nahe standen und sich in unsern Fragen in den Mitteilungen des „Vereins zur Abwehr des Antisemitismus“ zu äußern pflegten, sollte doch ein Eisner, der für das Judentum nie etwas übrig gehabt hat, nicht mehr als Jude gelten, und füglich auch das Judentum nicht mehr für ihn verantwortlich gemacht werden, und sei es noch so versteckt. Das Flugblatt des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens gegen die antisemitischen Umtriebe wurde wohl abgedruckt, aber nach einer Stellungnahme dazu, wie überhaupt zu der wachsenden antisemitischen Agitation sucht man vergebens. Auch von der empörenden Behandlung der Juden in Polen, den blutigen Massakres und Pogromen, von denen die Presse der ganzen Welt voll ist, erfährt der Leser des „Fränk. Kuriers“ nur in einigen Zeilen kleinster Schrift in irgend einer verborgenen Ecke.

Gegenüber diesen ziemlich traurigen Zuständen gestaltet sich das innerjüdische Leben in unserer Stadt desto erfreulicher. Es scheint, als ob auch bei unserer bisher ziemlich indifferenten jüdischen Bevölkerung ein Erwachen ihrer jüdischen Selbstbesinnung eingetreten wäre, und das Interesse an jüdischen Dingen, und der Wille jüdisch zu arbeiten, tritt überall hervor.

Auch unsere „Regierenden“ in der jüdischen Kultusgemeinde scheinen das zu merken und diesem Willen Rechnung tragen zu wollen; denn einem Antrag der Zionistischen Ortsgruppe: anläßlich der Ersatzwahl von fünf Mitgliedern in den Gemeindeausschuß unverzüglich das Verhältniswahlrecht einzuführen, wurde im Prinzip zugestimmt. Allerdings wolle man warten, bis die heutige verworrene Lage sich geklärt habe und zu übersehen sei, welche Stellung der jüdischen Gemeinde künftighin in Bayern bei der sicher zu erwartenden Trennung von Kirche und Staat eingeräumt werde. In einer von liberaler Seite einberufenen Wahlbesprechung zwischen maßgebenden Gemeindemitgliedern der verschiedenen Richtungen billigte man einmütig den Standpunkt der Zionisten, daß schleunigst das Wahlrecht zu ändern und Neuwahlen der gesamten Gemeindevertretung vorzunehmen seien und zwar noch vor Trennung von Kirche und Staat.

Trotzdem werden in diesem Monat noch auf Grund des alten Wahlrechts Ersatzwahlen vorgenommen werden, deren Gültigkeit allerdings zweifelhaft ist, da nach Bekanntmachung der Volksbeauftragten vom 12. November alle Wahlen für öffentliche Körperschaften in Zukunft nach dem System der Verhältniswahl stattfinden sollen.

Immerhin darf erwartet werden, daß die Abänderung der Wahlordnung schleunigst erfolgt und damit eine neue Gemeindevertretung gebildet wird, die wirklich darauf Anspruch machen kann, die *gesamte* Gemeinde zu vertreten.

Wie überall, so stehen auch hier für alles was ernsthaft jüdisch denkt, die nationalen Forderungen des jüdischen Volkes und besonders Palästina im Mittelpunkt des Interesses. Die hiesige Jugendgruppe der Agudas Jisroel hat sich durch eine Resolution vollkommen auf den Boden der nationalen Forderungen gestellt und im Gegensatz zu den Frankfurter Orthodoxen, die unentwegt ihren separaten Weg weitergehen und

rücksichtslos alles bekämpfen, was nicht durch dick und dünn mit ihnen geht, die Vertretung der Forderungen gemeinsam mit andern Organisationen für erstrebenswert erklärt. Die Forderungen selbst sind die bekannten zionistischen:

1. Palästina für die Juden.
2. Nationale Autonomie für Länder mit jüdischer Massenbevölkerung.
3. Allgemeine restlose Gleichberechtigung.

Die Zionistische Ortsgruppe und die Nationaljüdischen Jugendvereine, die diese Forderungen am ausgeprägtesten stets vertreten haben, begegnen natürlich auch erhöhter Teilnahme und der zahlreiche Besuch, des von ersterer veranstalteten Vortragszyklus sowie die jeweils folgende lebhafte Diskussion zeigen das stets wachsende und rege Interesse der Nürnberger Juden für ihre eigenen Angelegenheiten.

Auch der Jüdische Wanderbund, der Jüdische Turnverein und der neugegründete Herzl-Klub beweisen durch ihr ständiges Wachsen und Blühen die Kraft der national-jüdischen Idee.

Dr. K.

Aus der jüdischen Welt

Wilson über die rumänische Judenfrage. Der Verband der rumänischen Juden New Yorks richtete einen Appell an Wilson auf der Friedenskonferenz die jüdische Gleichberechtigung in Rumänien zu sichern. Wilson antwortete: Ich habe die Dringlichkeit der Frage, auf die Sie meine Aufmerksamkeit gelenkt haben, in Erwägung gezogen und ich werde auf der Friedenskonferenz sie ernstlich behandeln.

Eine Weltkonferenz der Poale Zion. Das Jüdische Preßbureau in Stockholm meldet, daß das Bureau des jüdisch-sozialistischen Arbeiterverbandes Poale-Zion in Stockholm auf telegraphischem Wege sämtliche Landesorganisationen zu einer Weltkonferenz des Verbandes eingeladen hat. Die Delegierten sollen sofort gewählt werden. Ort und Zeit der Konferenz wird bestimmt, sobald die internationale Lage dies erlauben wird.

Antisemitismus in Prag. Wie ein Telegramm des Jüdischen Nationalrates aus Wien meldet, veröffentlicht der Klub tschechoslowakischer Kaufleute in Prag einen Aufruf zur Verteidigung der nationalen wirtschaftlichen Interessen gegen Juden und Deutsche und warnt vor den aus Böhmen, Mähren und Wien zuziehenden unter tschechischer Firma auftretenden Juden und fordert zum Boykott gegen sie auf.

Die Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums bringt aus der von Moritz Manheimer begründeten Moses-Mendelssohn-Toleranz-Stiftung einmal in zwei Jahren eine Preisarbeit über ein Menchenliebe, Gerechtigkeit und Duldsamkeit behandelndes Thema zur Ausschreibung. Das zuletzt gestellte Thema lautete: „Moses Mendelssohn im Urteile seiner Zeitgenossen“, über das fünf Arbeiten eingegangen waren, von denen zwei mit dem ersten bezw. zweiten Preise (2000 und 1000 M.) gekrönt wurden. Die Verfasser sind: Dr. Ludwig Goldstein, Königsberg in Preußen, und Dr. Beate Berwin, Berlin.

Eintritt von Juden in die Regierung Litauens. Nachdem die von den jüdischen Gruppen und der zionistischen Konferenz formulierten Bedingungen restlos anerkannt wurden, traten in die vorläufige litauische Regierung folgende Juden ein: Rechtsanwalt Rosenbaum als Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Dr. Rachmilewitsch als Unterstaatssekretär im Ministerium für Handel und Gewerbe, Dr. Wygodski als Minister für jüdische Angelegenheiten. Am 10. Dezember abends fand ein feierlicher Empfang der jüdischen Regierungsmitglieder im Tarybagebäude statt. Sie wurden durch den Präsidenten Smetona unter allgemeinem Beifall feierlich begrüßt. Man erwartet demnächst den Eintritt von drei oder vier Juden in die Taryba. Auf dem Bankett, das am 12. Dezember zu Ehren des neuernannten Bischofs für Litauen stattfand, und das durch die Teilnahme der Vertreter der verschiedenen Nationalitäten zu einer bedeutsamen Demonstration für die Gleichberechtigung aller Nationalitäten Litauens wurde, sprach Dr. Rosenbaum. Der Bischof erwiderte in bedeutsamer Form.

Feuilleton

Der Sündige.

Von Schalom Asch.

(Fortsetzung.)

Die Frau in Schwarz (polnisch sprechend): Laßt mich ihn noch einmal ansehen!

Der Vorsteher (von weitem, jüdisch sprechend): Man darf nicht!

(Die Frau stellt sich wieder zu Häupten des Toten, schweigt.)

Einer aus dem Volk: Wer ist sie?

Ein zweiter: Sie ist mit ihm aus dem Ausland gekommen. Man weiß nicht: sein Weib, seine Geliebte, eine Jüdin oder eine Christin. Niemals im Bethaus gewesen und niemals, Gott bewahre, ins Frauenbad gegangen!

Ein dritter: Sie wird sein Kadisch sein!

Der Vorsteher (auf einen Platz hart neben dem Zaune weisend): Versuchet dort zu graben!

Der ältere Totengräber (die Schaufel ergreifend): Neben dem Aufgehängten!

Der jüngere: Schöne Nachbarn! (Folgt dem Alten, sie beginnen zu graben.)

Einer aus der Menge: Große Ehre das für den Toten!

Ein zweiter: So wie er's verdient hat!

Ein dritter: Er soll sich nur an seinen Namen erinnern, wenn der Engel des Gerichts ihn fragen wird, wie er heißt.

Ein vierter: Polnisch wird er ihm antworten.

Noch einer: Eine Sabbatzigarette wird er ihm anbieten.

Ein anderer: Und dazu Hühner, in Butter gebacken.

Ein alter Jude: Laßt ab, er ist doch so wie so tot!

Stimmen aus der Menge: Sich lustig machen über einen Toten!

(Die Menge wird still, nur da und dort hört man noch ein Tuscheln.)

Der jüngere Totengräber: Meine Schaufel rutscht so weich in die Erde hinein, wie wenn's gar keine Erde wär'!

Der Ältere: Ich hab' Furcht, daß . . .

Der Jüngere (indem er das Graben einstellt): Ich will nicht weiter graben.

Der Ältere (gleichfalls aufhörend): Ich auch nicht.

Der Vorsteher (aus der Ferne): Was ist los?

Der jüngere Totengräber: Ich fühl' so, wie

wenn meine Schaufel auf einen Menschenleib geraten wär' . . .

(Bewegung in der Menge, man drängt sich an die Grube.)

Der Vorsteher (eine messinggefaßte Brille aufsetzend, die er aus einer Seitentasche hervorgezogen hat): Was kann das sein?

(Die Menge schweigt, einer sieht den anderen erschreckt an, gespannt auf etwas wartend. Plötzlich schießt aus der Grube ein Strahl Wasser hervor. Aufregung, eine lange Pause des Schweigens.)

Einer aus der Menge (voll Schrecken): Die Erde will ihn nicht zu sich nehmen!

Ein zweiter: Sogar die Hölle hat vor ihm die Tore zugesperrt!

Ein dritter: Vater im Himmel! Wie groß müssen seine Sünden sein!

(Die Menge rückt scheu vom Toten ab, die Frau im Schwarz bleibt allein zurück. Sie kniet vor der Bahre nieder und bedeckt ihr Gesicht mit dem schwarzem Tuch. Man läßt sie tun, was sie will, indem man ihr den Rücken kehrt.

Eine lange Pause. Es wird Nacht. Da und dort hört man aus der Menge ein leises Flüstern. „Was wird sein? Was wird sein?")

Der Vorsteher: Man soll um den Rabbi gehen!

Die Totengräber: Man muß die Stadtlaterne bringen. Es wird finster. (Einige entfernen sich.)

Einer aus der Menge: Was tut man?

Der Vorsteher: Meine Meinung ist, man gräbt das Grab für ihn neben Reb Judel.

Der ältere Totengräber: Neben Reb Judel heiligen Andenkens?

Stimmen aus der Menge: Neben Reb Judel — für ihn?

Der Vorsteher: Durch Reb Judels Verdienste wird er zu seinem Grab kommen. Neben Reb Judels Grab wird's kein Wasser geben, und aus der Hölle können die bösen Geister nicht heraus, es sei denn, man müßte einen Gerechten durch die Hölle führen. Dann klammern sich die Sündigen an den Gerechten und durch sein Verdienst kommen sie aus der Hölle. . . .

Stimmen aus der Menge: Und Reb Judels Ehre?

Der Vorsteher: Reb Judel hat zu Lebzeiten wenig auf Ehrung gegeben — um wieviel weniger nach seinem Tod!

Der ältere Totengräber: Ich will es nicht wagen, neben Reb Judels Grab zu schaufeln. (Legt die Schaufel weg.)

Der jüngere: Ich auch nicht.

Der Vorsteher (nimmt einen Gürtel um, geht zu einem niedrigen Stein, der in einem Winkel hinter einem Baum steht, und beginnt mit schaukelnden Bewegungen des Oberkörpers zu sprechen): Es weiß der, der da gesprochen hat: Es werde die Welt! daß wir nicht, um Reb Judels Ehre zu mindern, den Toten begraben wollen in seiner Nachbarschaft. Wir wollen erlösen die Seele des Unreinen durch die Hilfe eines Reinen . . . . (Er nimmt die Schaufel und beginnt zu graben. Pause des Schweigens.)

Einer aus der Menge: Das ist Reb Judels Stein. Vierzig Jahre hat er bei Lebzeiten darauf gelegen in Verborgenheit und hat Thora gelernt.

Ein zweiter: Ausgerieben ist der Stein worden von dem dürren Körper, der vierzig Jahre darauf gelegen hat.

Ein dritter: Nach seinem Tode hat man ihm den Stein als Grabstein gestellt.

Der erste: In der Nachbarschaft von Reb Judel — wie kommt er zu dieser Ehre?

Der zweite: Er muß irgend etwas Gutes getan haben, dafür bekommt er den Lohn auf dieser Welt.

(Fortsetzung folgt.)

Gemeinden- u. Vereins-Echo

Hamburg. Kongreßpropaganda. Zum zweitenmal in kurzer Zeit hatte die Zionistische Ortsgruppe Hamburg-Altona zu Sonntag, den 8. Dezember vormittags eine jüdische Volksversammlung ins Curio-Haus berufen, die den Saal bis auf den letzten Platz füllte. Die „Hamburger Jüdischen Nachrichten" hatten für diese Versammlung eine Sondernummer erscheinen lassen, welche die neuesten Depeschen über die Pogrome und die gegen dieselben in aller Welt erhobenen Proteste veröffentlichte. Mit einem solchen Protest begann auch die Versammlung, in der dann zunächst Herr Rechtsanwalt Dr. Victor über das Thema „Die Schicksalsstunde des deutschen Judentums" sprach. Er führte aus, daß die ungeheure Umwälzung in Deutschland nicht spurlos an den inneren Verhältnissen der deutschen Juden vorübergehen dürfe. Das deutsche Judentum müsse sein Schicksal selbst in die Hand nehmen und dazu sei eine grundlegende Umgestaltung der Verhältnisse in den Gemeinden und in den repräsentativen Organisationen notwendig. Fort mit den Notabeln! verlangte Dr. Victor unter dem Beifall der Versammlung und forderte für das gesamte jüdische Leben die breiteste demokratische Basis. Dem deutschen Judentum müsse auch Gelegenheit gegeben werden, seine Stellung zum jüdischen Volke selbst zu bestimmen und darum verlange der deutsche Zionismus einen Kongreß aller derjenigen Juden in Deutschland, die sich bewußt zum jüdischen Volke bekennen. Der zweite Redner, Herr C. Z. Klötzel, stellte fest, daß das deutsche Judentum jetzt vor eine Frage gestellt sei, die jeder einzelne nur mit einem glatten „Ja" oder „Nein" zu beantworten habe: Ob er sich zum jüdischen Volke bekenne oder nicht. Dies sei die Schicksalsfrage. Die Antwort, welche die drei Verbände in ihrer Erklärung der „Jüdischen Deutschen" auf diese Frage gegeben haben, könne keinen Anspruch darauf machen, die Antwort des deutschen Judentums zu sein, denn dieses sei von den Herren überhaupt nicht gefragt worden. Die richtige Antwort könne nur so erfolgen, daß jeder Einzelne in freier Selbstbestimmung sein Votum abgibt. Der Zionismus werde dieses Votum dadurch herbeizwingen, daß er die deutschen Juden aufrufen werde, zu einem Kongreß ihre Vertreter zu entsenden, der das Parlament derjenigen Juden in Deutschland werden soll, welche ihrem jüdischen Volkstum nicht entsagen wollen.

In der darauffolgenden Aussprache vermieden es die Sprecher bestimmter orthodoxer Kreise ängstlich, auf die Frage des Kongresses einzugehen. Zum erstenmal beteiligten sich erfreulicherweise auch einige ostjüdische Vertreter an der Aussprache, die ausnahmslos sich auf den Boden des Zionismus stellten. — Eine improvisierte Willensäußerung ergab mehrere 100 Stimmen für den Kongreß. Auch die Ortsgruppe gewann wieder zahlreiche neue Mitglieder.

Mitteilungen der Kriegsverbindung im K.J.V. München: Die Chargenwahl für das W.S. 18/19 hat ergeben: med. Karl Leven *. med. Arthur Wagner **, S.W., K.W. ing. Alfred Berliner ***. F.M. Briefablage: Café Luitpold. Kneipe: Bayer-

straße 67/69. Durchreisende Bbr. Bbr. wenden sich an Bbr. Leven, Schwanthalerstraße 73/I (Pension Weber). Die Kriegsverbindung im K.J.V. München. I. A.: Karl Leven *.

Nationalfondsspenden. M. Rosenfeld und Frau anläßlich der Barmizwah ihres Sohnes Karl M. 3.—. Abr. Mysliborski gratuliert Familie Rothschild zur Verlobung ihres Sohnes Samuel mit Schwester Betti Schwarz M. 5.—.

Notstandsaktion. Eltern und Geschwister freuen sich über die glückliche Heimkehr ihres lb. Leser Schindler aus der Gefangenschaft M. 12.—. Familie David Horn anl. d. Rückkehr von Leser Schindler M. 2.—. Lina Strumpf anl. d. Heimkehr ihres Bruders aus dem Felde M. 10.—.

Dr. Hch. Schwab-Garten: Zur Erinnerung a. d. Freudes letzten Besuch im Weißen Häusel in Starnberg am 12. XII. 1917 Robert Held M. 25.—. Abr. Mysliborski gratuliert Herrn und Frau Steinberg zur Vermählung und pflanzt 1 B. M. 6.—.

Die Ortsgruppe der Zionistischen Föderation Misrachi hält Sonntag, den 5. Januar abends 5.30 Uhr im Blau-Weiß-Heim, Liebigstr. 39/o, eine Mitgliederversammlung ab. Tagesordnung: Beratung der Satzungen.

Jüdischer Wanderbund „Blau-Weiß“ München. Sonntag, 5. Januar 1919. Treffahrt. 1. Zug: 8 Uhr Stachus (Billet nach Pasing) 40 Pfg. 2. Zug: 7 Uhr Isartalbahnhof, 65 Pfg. 3. und 4. Zug: 9 Uhr oder 12 Uhr Isartalbahnhof, 30 bezw. 55 Pfg. 1. Gruppe: Isartalbahnhof 9 Uhr, 30 Pfg., 2. Gruppe: Ostfriedhof 9 Uhr, 60 Pfg. 3. Gruppe: 9 Uhr Ostfriedhof, hof, 40 Pfg. 4. Gruppe: 10 Uhr Ostfriedhof (Billet nach Großhesselohe) 35 Pfg.

Jüdischer Wanderbund Nürnberg. Sonntag, 5. Januar 1919. Buben: 1. Zug 8.30 Endpunkt Linie 2, Großreuth Ratatashöhle—Regelsbach—Schwabach (Laterne mitbringen). 2. Zug: 8.30 Endpunkt Linie 2 Waldlust, Altenfurth—Fischbach—Brunn—Mögeldorf. Mädels: 9 Uhr Endpunkt Linie 8 Südfriedhof.

Statt besonderer Anzeige

Schwester BETTI SCHWARZ
SAMUEL ROTHSCHILD
VERLOBTE

REXINGEN (Württemberg) MÜNCHEN Hermann Schmidstrasse 5 — MÜNCHEN Herrnstrasse 48

Verein Bne Jehuda München

Am Samstag, den 4. Januar fällt der angekündigte Vortrag des Herrn Dr. Sigbert Feuchtwanger aus. Dagegen müssen alle Mitglieder zur

Besprechung des XV. Delegiertentages

durch Dr. Adolf Fränkel und Herrn Kareski-Berlin erscheinen.

DIE VORSTANDSCHAFT.

Am DIENSTAG, DEN 7. JANUAR 7½ Uhr abends hält Herr Dr. Elijahu Rappeport im Hotel Union, kleiner Saal (Barerstr, 7), auf seiner Organisationsreise einen informatorischen Vortrag über die Bestrebungen der **„Allweltlich-Jüdischen-Landarbeiterschaft“**. Es handelt sich um die Organisierung der kapitalslosen arbeitswilligen Elemente zu

gemeinwirtschaftlicher Besiedlung Palästinas.

Eintritt frei. Gäste willkommen.

Verein Bne Jehuda: Die Vorstandschaft. — Jüdischer Wanderbund Blau-Weiß München: Die Führerschaft.

Bekanntmachung

betreffend Mazzosversorgung für das diesjährige Pessachfest.

Gemäß den Verfügungen des Direktoriums der Reichsgetreidestelle gelten für die Versorgung des jüdischen Publikums mit Mazzos für das nächste Pessachfest die nachfolgenden Bestimmungen, um deren genaueste Beachtung im eigenen Interesse gebeten wird.

1. Die Lieferung der Mazzos erfolgt nur gegen beglaubigte Bestellscheine.

Die Bestellscheine sind auf den von uns ausgegebenen und durch Vermittlung der Bäckereien und Wiederverkäufer (in Ausnahmefällen auch durch den Vorstand der Synagogengemeinde) zu beziehenden Vordrucken auszufüllen und alsdann zur Beglaubigung vorzulegen.

Zuständig für die Beglaubigung ist der Regel nach der Vorstand derjenigen jüdischen Gemeinde, welcher der Verbraucher angehört. Gehört der Verbraucher keiner Gemeinde an, so kann die Beglaubigung durch die zuständige Orts- oder Polizeibehörde geschehen. Auch kann in jüdischen Gemeinden mit über tausend Mitgliedern der Gemeindevorstand eine Vereinbarung mit den für die Brotkartenausgabe zuständigen Ortsbehörden dahin treffen, daß diese die Beglaubigung der Bestellscheine vornehmen.

Zum Zwecke der Beglaubigung hat der Verbraucher gleichzeitig mit den Bestellscheinen einen amtlichen Ausweis über die Zahl der seinem Haushalte angehörigen Personen vorzulegen. Die Zahl der bestellten Kopfanteile darf die Zahl der Haushaltungsangehörigen (einschl. nichtjüdischen Dienstpersonals) nicht übersteigen.

2. Die Verbraucher verlieren das Anrecht auf diejenigen Brotmarken, welche auf die mit dem 15. April 1919 beginnende Festwoche entfallen. Soweit auf diesen Zeitraum Bruchteile von Brotmarken entfallen, erfolgt die Abrundung zu Gunsten des Bezugsberechtigten, also nach unten.

3. Die Höhe des Kopfanteils wird von der Zentrale für Mazzosversorgung im Februar 1919 je nach der Menge der bis dahin verfügbaren Mazzosvorräte festgesetzt.

4. Anspruch auf den Bezug von Mazzos haben durchweg nur Personen jüdischen Glaubens, welche erklären, daß sie der Mazzos aus religiösen Gründen bedürfen.

Für solche Personen, die darüber hinaus auf Pflicht und Gewissen versichern können, daß sie sich des Brotgenusses (Chomez) am Pessach-Feste 1918 vollkommen enthalten haben, sind Zusatzbestellscheine vorgesehen, die neben dem Hauptbestellschein auszufüllen sind. Es bleibt je nach der verfügbaren Menge vorbehalten, den Unterzeichnern dieser Zusatzbestellscheine eine zusätzliche Menge von Mazzos über den allgemeinen Kopfanteil hinaus zuzubilligen.

Die Abgabe einer wissentlich unrichtigen Erklärung auf dem Zusatzbestellschein unterliegt gerichtlicher Strafverfolgung und außerdem einer Vertragsstrafe von ℳ 10.— für jedes Kilo der bezogenen Mazzos.

5. Sämtliche Bestellscheine müssen bis spätestens am 31. Januar 1919 in der Hand der Bäckereien sein. Wer bei einem Wiederverkäufer bestellt, muß also dafür Sorge tragen, daß der Bestellschein spätestens am 29. Januar 1919 in dessen Händen ist.

6. Die volle Belieferung der Bestellscheine durch die Bäckereien ist erst nach Festsetzung der Höhe des Kopfanteils im Februar 1919 zulässig. Indessen sind, um die Unterhaltung größerer Lager bei den Bäckereien zu vermeiden, diese ermächtigt, auch vor diesem Termin eine Abschlagslieferung von zwei Pfund auf den Kopfanteil den Verbrauchern zur Verfügung zu stellen.

7. Der Höchstpreis für Mazzos ist auf ℳ —.90 pro Pfund, derjenige für gemahlene Mazzos auf ℳ 1.05 für das Pfund festgesetzt. Maßgebend für die zu berechnende Gewichtsmenge ist das Nettogewicht der Ware ohne Hinzurechnung des Verpackungsmaterials. Papierverpackung darf nicht besonders berechnet, Kisten und Kartons dagegen zum Selbstkostenpreis in Rechnung gestellt werden. Bei Lieferung nach Orten ohne Bahnstation gilt der Höchstpreis frei nächste Bahnstation. In Städten über hunderttausend Einwohnern kann eine angemessene Gebühr für Lieferung von der Betriebsstelle des Verkäufers zur Wohnung des Bestellers berechnet werden. Im übrigen gilt der Höchstpreis für Lieferung frei Haus des Verbrauchers, bezw. frei Bahnstation des Empfängers.

8. Wollen Verbraucher, die sich an den Pessachfeiertagen des Jahres 1918 des Chomezgenusses nicht vollkommen enthalten haben, an den kommenden Feiertagen aus religiösen Gründen auf den Chomezgenuß vollständig verzichten, so wird für solche Ausnahmefälle den in Betracht kommenden Personen, wenn sie auf Gewährung der Zusatzmenge reflektieren, anheimgestellt, sich an das zuständige Rabbinat, oder wenn ein solches nicht vorhanden, an das Rabbinat einer anderen deutschen Synagogengemeinde zu wenden. Die Rabbinate sind von uns mit Instruktionen über das in solchen Fällen einzuschlagende Verfahren versehen worden.

9. In allen zweifelhaften Fällen wolle man sich um Auskunft an die zuständigen jüdischen Gemeinden, die von uns mit Anweisungen versehen sind, wenden.

Frankfurt a. Main, den 2. Januar 1919.

Zentrale für Mazzosversorgung
G. m. b. H.

Zionistische Ortsgruppe Ahavas-Zion-Misrachi-Gruppe

Samstag, den 4. Januar 1919
abends pünktlich 1/2 8 Uhr im Bierstüberl des Hotel „Roter Hahn" Karlsplatz (Eingang links neben dem Hotel-Eingang)

Bericht über den XV. Delegiertentag
erstattet von
Herrn Privatdozent Dr. Adolf Fränkel
und Herrn Kareski, Berlin.

Die Vorstandschaft.

Verantwortlich für die Redaktion i. V.: Meta Moch, München; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog Maxstraße, München.